

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 67. Ratssitzung vom 4. November 2015

1371. 2015/214

Weisung vom 24.06.2015:

Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2016–2018

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2016–2018 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 149 500.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Ezgi Akyol (AL): *Die Stadt Zürich verpflichtet sich in ihrer Prostitutionspolitik, den Sexarbeiterinnen niederschwellig Zugang zu Sozialarbeit und Intervention bei Ausbeutung zu gewährleisten. Mit der Beratung für Migrantinnen und der Interventionsstelle Makasi leistet der Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration einen wesentlichen Beitrag. Die FIZ setzt sich ein für die Verbesserung der Lebenssituation von gewaltbetroffenen Migrantinnen mit prekärem Aufenthaltsstatus sowie für Opfer von Frauenhandel, die oftmals im Sexgewerbe tätig sind. Für Cabaret-Tänzerinnen fordert die FIZ ausstehende Lohnzahlungen ein, leitet Schlichtungsverfahren, arbeitsrechtliche Verfahren oder Insolvenz- und Beteiligungsverfahren ein. Die Interventionsstelle Makasi bietet ein schweizweit einmaliges Opferschutzprogramm, spezialisiert auf Opfer von Frauenhandel. Die Makasi-Beraterinnen leisten Krisenintervention, klären die Gefährdungs- und Aufenthaltssituation und bieten Information, Beratung und Verfahrensbegleitung gemäss Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten. Die Schutzwohnung der FIZ umfasst sechs betreute Plätze an einem anonymen Standort. 2014 haben 232 Frauen aus der Stadt Zürich 1692 Stunden Beratung und Begleitung durch die FIZ in Anspruch genommen. 2014 hat die FIZ 19 Cabaret-Tänzerinnen bei Lohnklagen unterstützt und war in 13 Fällen erfolgreich. 96 der 232 Frauen sind Opfer von Frauenhandel. Zum Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1: Der Stadtrat begründet die kürzere Laufzeit der Rechtsgrundlage damit, dass die mittelfristige Auswirkung der Ausführungsbestimmungen zur Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) auf das Sexgewerbe und damit auch der Bedarf an entsprechenden Beratungsleistungen noch nicht abschätzbar seien. Die Rechtsgrundlagen der FIZ und der Isla Victoria sollen in Zukunft aufeinander abgestimmt werden. Dadurch stellt der Stadtrat die beiden Beratungsstellen in ein Konkurrenzverhältnis. Die Beiträge für Flora Dora werden aber nicht Teil dieses Ausspielens sein, somit kann auch nicht von einem flächendeckenden Überblick über die verschiedenen Angebote die Rede sein. In einem NZZ-Interview vom April 2015 äusserte sich*

die Geschäftsführerin der FIZ wie folgt: «Es besteht schweizweit die Tendenz, das Gewerbe mit neuen Verboten und Regulierungen zu belasten, was die Stigmatisierung fördert und die Akteurinnen in die Grauzone drängt. Gleichzeitig gibt es immer weniger gute, sichere Arbeitsplätze für Prostituierte, vor allem in der Stadt Zürich. Die Kleinsalons, die niemanden stören, sind gefährdet, und im Langstrassenquartier gibt es zwar Kontaktbars, aber auf der Strasse dürfen die Frauen keine Kunden akquirieren. Auf den 1. Januar 2016 soll das Tänzerinnen-Statut aufgehoben werden, dagegen haben wir uns leider vergeblich gewehrt. Für Frauen aus Nicht-EU-Staaten ist es nicht mehr möglich, legal in die Schweiz einzureisen und hier zu arbeiten. In der Prostitution gelten noch lange nicht die gleichen Rechte wie in anderen Arbeitsbereichen.» Am Bedarf an Beratungsleistungen wird sich wohl kaum etwas ändern, die Situation dürfte für Sexarbeiterinnen zunehmend prekärer werden. Die Mehrheit der Kommission beantragt Zustimmung zu diesem Änderungsantrag, wird sich aber in der Detailberatung enthalten – um nicht in der Schlussabstimmung an der Ausgabenbremse zu scheitern. Mit dem Änderungsantrag der FDP werden dem Stadtrat unnötig viele Kompetenzen eingeräumt. Er kann selber entscheiden, ob er eine Streichung vornehmen will, und wie hoch diese sein soll. Zudem ist der Gesamtbetrag aller auf diesem Weg potenziell eingesparter Beträge unbedeutend.

Kommissionsminderheit:

Ursula Uttinger (FDP): Die Tätigkeit der FIZ ist wichtig und sinnvoll. Uns stört die Frage der Laufzeit. Bei der Weisung über Isla Victoria haben wir vier Jahre bis 2018 beantragt. Es ist aber wichtig, dass gleiche Themen miteinander behandelt werden. Aus diesem Grund sind wir dagegen, dass der Betrag für vier Jahre gesprochen würde. Mit unserem berühmten Antrag wollen wir dem Stadtrat die Möglichkeit geben, den Betrag allenfalls um zehn Prozent zu kürzen – je nach Finanzlage. Als es um die Isla Victoria ging, hat die SP diesem Antrag zugestimmt, um eine Mehrheit zu finden. Sollte unser Antrag nicht angenommen werden, lehnen wir die Weisung in der Schlussabstimmung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Die Weisung zeigt auf, dass Masseneinwanderung, offene Grenzen, Kriminalität und Gewalt eng miteinander verbunden sind. Verbrecher nützen die Abhängigkeit der Frauen, von denen sich ja viele illegal in der Schweiz aufhalten, aus, insofern schafft die Masseneinwanderung die Grundlage für Elend und Kriminalität. Wenn wir die Ordnung wiederherstellen, entziehen wir den Menschenhändlern den Anreiz für ihr schmutziges Geschäft. Alles andere ist grösstenteils Symptombekämpfung und Arbeitsbeschaffung für die Sozialindustrie.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Bekanntlich suchen vor allem Schweizer Männer Prostituierte auf. Ausbeutung und Menschenhandel sind leider Realität, deshalb braucht es Anlaufstellen. Die FIZ ist eine sowohl von den betroffenen Frauen als auch von Fachleuten sehr anerkannte Spezialanlaufstelle für Migrantinnen und als solche unentbehrlich. Es ist nicht einzusehen, warum angesichts dieser Wichtigkeit am Betrag herumgeschraubt wird. Mit der neuen Strichordnung sind grosse Veränderungen eingetreten, vieles läuft versteckter ab. Trotzdem ist die Beratung teilweise sogar nötiger als vorher.

Es werden wesentlich mehr Beratungsstunden geleistet, als die Stadt Zürich mit ihrem Betrag vergütet. Es ist sinnvoll, die Angebote unter der neuen Situation zu prüfen, auf die Organisationen zur Unterstützung der Frauen kann aber sicher nicht verzichtet werden. In vier Jahren hat man mehr Zeit, um die Evaluation aufzugleisen und Erfahrungswerte zu sammeln. Angesichts der Zahlen wäre ein Ausbau angezeigt, aber sicher keine Stagnation. Zum 10 %-Antrag der FDP sagen wir Nein. Im Service Public fragt man sich zuerst, welche Aufgaben man mit welchen Ausgaben bewältigen will, nachher schaut man, wie sich genügend Steuern generieren lassen.

Karin Weyermann (CVP): *Die Aufgabe der FIZ erachten wir als wichtig. Die Verlängerung der Beitragsperiode unterstützen wir nicht. Damit ein Gesamtüberblick möglich wird, ist es notwendig, dass die verschiedenen Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind, gesamthaft und gleichzeitig in einer Weisung behandelt werden. Den Änderungsantrag der FDP unterstützen wir. Im Fall einer schlechten Finanzlage muss ein Spielraum bestehen. Ob sich diese Weisung für eine Kürzung eignet, muss ggf. später in einer Gesamtauslegung herausgefunden werden. Wenn die Verlängerung zustande kommt, wird die CVP in die Enthaltung gehen.*

Pascal Lamprecht (SP): *Auch die SP-Fraktion erachtet die Arbeit der FIZ als sehr wertvoll und wichtig. Auf der Studienreise der Spezialkommission Sozialdepartement nach Hamburg hat man gesehen, wie die mehrheitlich jungen Frauen dem Menschenhandel ausgesetzt sind. Auch bei uns ist es für die Frauen schwierig, sich zu wehren. Inhaltlich stimmt die SP einer Verlängerung auf vier Jahre zu. Wegen der Ausgabenbremse und dem notwendigen Quorum in der Schlussabstimmung ist der Antrag aber sehr heikel – zum Glück will sich die AL enthalten. Um kein Risiko einzugehen, wird sich auch die SP-Fraktion enthalten.*

Markus Baumann (GLP): *Die GLP unterstützt die Weisung so, wie sie vom Stadtrat vorgelegt wurde. Die Gründe dafür wurden schon mehrfach genannt. Die GLP stellt die aktive Prostitutionsarbeit in der Stadt Zürich nicht in Frage. Gleichzeitig möchten wir am liebsten alle diesbezüglichen Vorlagen in einer Sammelweisung behandeln. Deshalb lehnen wir den Verlängerungsantrag der AL ab.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Es geht um den Schutz der Frauen. Ich hoffe, Samuel Balsiger (SVP) möchte nicht Täterschutz statt Opferschutz betreiben. Die nachfragenden Männer sind schliesslich in der Regel Schweizer, auch die jugendlichen Nachfragenden sind in der Regel Schweizer, Migranten können sich diese Preise eher nicht leisten.*

Samuel Balsiger (SVP): *Im Titel der Weisung ist das Wort «Migration» enthalten. Aufgrund der Osterweiterung der EU haben wir eine Masseneinwanderung. In der Schweiz herrscht ein Asylchaos. Statt sachlich zu politisieren, reagieren die Linken und Linksliberalen mit Häme und Geringschätzung, wenn die SVP die Probleme beim Wort nennt und Lösungen präsentiert, die in der Bevölkerung Zustimmung finden. Es wurde behauptet, die SVP betreibe Täterschutz, weil die meisten Männer, die Prostitution in Anspruch nehmen, Schweizer seien. Für die SP sind die Menschenhändler offenbar keine Verbrecher, die Schweizer Männer, die ein legales Angebot annehmen, hingegen schon. Den*

4 / 6

Menschenhändlern muss man die Grundlage für ihre schmutzigen Geschäfte wegnehmen, damit der Markt austrocknet. Die SP will aber nur das Gutmenschentum bedienen und die Asylindustrie mit Geld versorgen.

Hans Urs von Matt (SP): *Ein Angebot gibt es nur dort, wo es auch eine Nachfrage gibt.*

Ursula Uttinger (FDP): *Schade, dass Samuel Balsiger (SVP) nicht auf der Kommissionsreise in Hamburg war. Dort hätte er sehen können, worum es beim Menschenhandel geht. Es ist sicher kein Thema der Migration oder der Asylpolitik.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Über die breite Unterstützung der Arbeit der FIZ sind wir froh. Zur Evaluation der gesamten Arbeit gehören natürlich auch die internen Leistungen. Wichtig ist, dass die Resultate der Evaluation im Hinblick auf eine allfällige neue Beitragsweisung ernstgenommen werden.*

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2016–~~2019~~ 2018 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 149 500.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Samuel Balsiger (SVP), Markus Baumann (GLP), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 13 gegen 58 Stimmen ab.

Änderungsantrag 2, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 3.):

5 / 6

2. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigt die städtische Jahresrechnung in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Mehrheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Samuel Balsiger (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP)
Enthaltung: Markus Baumann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 46 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Samuel Balsiger (SVP), Markus Baumann (GLP), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP)

Gemäss der vorhergehenden Abstimmung wird über die nicht bereinigten Dispositivziffern 1–2 abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2016–2018 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 149 500.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 11. November 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 10. Dezember 2015)

6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat